

Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Täglich 3 Ausgaben

Redaktion u. Expedition: Falkenstr. 11
Verlags-Administration: Postfach VIII/5602
Druckerei: Goeßelstr. 10, Postfach VIII/5144
Administration: Theaterstr. 3, VIII/64
Telephon: 27.100, Hauptpostfach Nr. 660 und 922

Annoncen:

Die einseitige Grundzelle 50 Rp.
Totale Geschäftsempfehlungen 50 Rp.
Anzeigen ausländischen Ursprungs 75 Rp.
Reklamen per Zeile Fr. 2.50
Annoncen-Abteilung: Theaterstr. 3, Postfach Nr. VIII/1264
Filiale: Bahnhofstr. 70

Abonnemente:	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate
Bereich bei der Administration oder Ablage	Fr. 2.80	6.80	12.80	25.—
Durch die Aussträger ins Haus gebracht	5.30	8.80	16.20	31.—
Schweiz Bestellung beim Postbureau	5.30	9.—	16.50	32.—
Bestellung unter Privatadresse (Streifenband)	4.—	11.50	22.50	44.—
Ausland (ausg. Brit. Reich u. U.S.A.) Bestellung und Auskunft über Preis beim Postbureau	6.50	15.—	28.50	55.—
Bestellung unter Privatadresse (Streifenband)	6.50	15.—	28.50	55.—

Romödie der Irrungen

Die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin wird vom Verbot der Schweizervereine in Kenntnis gesetzt — Der Eindruck in Bern — Die Ueberraschung des Abends: Im Auswärtigen Amt in Berlin ist von einem Verbot nichts bekannt

Bern, 19. Febr. ag Beim Politischen Departement ist am Mittwochnachmittag die Bestätigung der Nachricht eingetroffen, wonach die Schweizer Vereine und Organisationen in Deutschland durch amtliche Verfügung verboten worden sind.

Der schweizerische Gesandte in Berlin, Minister Dinichert, ist unverzüglich angewiesen worden, über die Tragweite dieser Verfügung ergänzende Erkundigungen einzuziehen.

Aus dem Bundeshaus

Bern, 19. Febr. -f. Im Bundeshaus ist die Nachricht, wonach die deutsche Regierung als Repräsentation gegen die Beschlüsse des Bundesrates sämtliche schweizerischen Vereinigungen in Deutschland verboten hat, am Mittwochnachmittag eingetroffen. Eine Begründung dieses Schrittes steht bis jetzt noch aus. Der Bundesrat hatte wohl erwartet, daß die deutsche Regierung auf seine Entscheidung hin auf irgendeine Weise reagieren werde. Man hatte aber doch nicht mit einer so weitgehenden Maßnahme gerechnet. Nach Ansicht des Bundesrates geht sie auch weit über das Ziel hinaus; denn während die Landesgruppe Schweiz der N.S.D.A.P. eine politische Organisation ist und der Bundesrat zunächst einzig die Landesleitung und die Kreisleitungen nicht mehr zuzulassen beschlossen hat, existieren in Deutschland nur schweizerische Vereinigungen geselliger Natur, denen jede politische Tätigkeit fernliegt. Die deutsche Repräsentation bewegt sich also auf einem wesentlich andern Boden und geht mit ganz andern Waffen vor als die Maßnahme des Bundesrates.

Auf diplomatischem Wege soll nun versucht werden, der deutschen Regierung diese Anschauungsweise des Bundesrates klarzumachen. Sollte sie indessen auf ihren Beschluß nicht zurückkommen, so würde sich der Bundesrat genötigt sehen, weitere Schritte zu unternehmen, worunter vorwiegend ein sofortiges Verbot sämtlicher deutschen Organisationen und Vereinigungen in der Schweiz in erster Linie zu erwarten wäre. Im Bundeshaus wird indessen die Angelegenheit mit aller Ruhe behandelt. Man legt Wert darauf, keine „Politik des Zornes“ zu betreiben. Ein Grund zu einer außerordentlichen Sitzung des Bundesrates liegt nicht vor. Irgendwelche Maßnahmen sind also vor Freitag nicht zu erwarten.

Das Verbot verflüchtigt sich

Berlin, 19. Febr. (Tel. unseres O-Storr.) Die Angelegenheit des Verbots der Schweizervereine in Deutschland hat eine höchst seltsame Entwicklung durchgemacht. Die schweizerische Gesandtschaft in Berlin erhielt in den Mittagsstunden einen telephonischen Anruf, wobei eine hohe deutsche Regierungsstelle als Gesprächspartner angegeben wurde. Dabei erfolgte die Mitteilung vom Verbot aller schweizerischen Organisatio-

nen. Es wurde hinzugefügt, das Auswärtige Amt werde der Gesandtschaft noch die weiteren Einzelheiten bekanntgeben. Eine solche Benachrichtigung blieb aber in den folgenden Stunden aus. Am Abend stellte es sich heraus, daß auf dem Auswärtigen Amt von einem tatsächlichen Verbot der Schweizervereine nichts bekannt war. Haben zwei Stellen nebeneinander operiert? Oder stammte die telephonische Nachricht gar nicht von der angegebenen amtlichen Stelle, so daß sich irgend eine Mystifikation abgepielt hat? Oder ist das Verbot noch im Keime erstickt worden? Es ist schwer, diesen Räudel von Fragen zu entwirren. Jedenfalls hat es jetzt nicht mehr den Anschein, daß ein Verbot, wenn es überhaupt erlassen war, im gegenwärtigen Moment zur Durchführung gelangt. Für die Zukunft bleibt die Frage immerhin offen. Die deutschen Pressekommentare, die im einstimmigen Chor auf ein allfälliges Verbot der Schweizervereine als geeignete Vergeltungsmaßnahme hinweisen, sind Beweis genug, daß solche Erwägungen in deutschen Regierungskreisen angestellt wurden.

Der Rundfunk hat heute nachmittag Zitate aus der „Z. am Mittag“ verbreitet, die dem Bundesrat vorwirft, unter dem Einfluß der marxistischen Presse ein Ausnahmegericht erlassen zu haben. Das Blatt des in nationalsozialistischen Besitz übergegangenen Illstein-Verlages, dessen Artikel durch die Radioverbreitung einen halbsozialistischen Charakter erhält, schreibt weiter:

„Das Deutschland von heute verlangt von seinen Angehörigen im Ausland, daß sie tätig den inneren Zusammenhang mit dem heutigen Geschehen in der großen deutschen Heimat wahren. Indem man ihnen jetzt das in der Schweiz verbotene, macht sich die Berliner Regierung unzweifelhaft eines Eingriffs in die staatsbürgerlichen Rechte der Deutschen in der Schweiz schuldig, die an der Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber Deutschland behindert werden. Eine solche Einmischung gestaltet das Ganze zu einem Vorgang, für den es auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen kein Gegenstück geben dürfte. Und nun nehme man noch hinzu, daß das Ganze sich abspielt, während der Nord noch ungefüßt ist. Der Schweizer Bundesrat war schlecht beraten. Er ist vor denen zurückgewichen, auf denen die Verantwortung für das ungeheure Verbrechen lastet und die das Gebiet der Schweiz täglich zum Zummelpfad wüster politischer Gehe herabwürdigen. Es erscheint als unmöglich, daß man die Unhaltbarkeit der getroffenen Verfügung nicht erkennt und nicht fühlt, welche nachteilige Folgen sie für das Verhältnis der beiden Länder zu einander haben muß.“

Noch stärkere Worte braucht der „Angriff“ mit seiner Behauptung, der Bundesrat habe vor einer jüdischen Presseleute kapituliert. Es sei eine pharisäische Umkehrung jeglichen Rechts, wenn man das organisatorische Lebenswerk des Opfers jüdischer Mordlust nach seinem Tode zerstöre, als habe Gustloff seinerzeit illegal gehandelt. Man gebe damit nachträglich dem Mörder recht und beschmutze das Grab des Toten.

Die Krise in Spanien

Rücktritt des Kabinetts

Madrid, 19. Febr. ag Das Kabinett Portela Valladares hat seinen Rücktritt erklärt.

(Habas) Der Ministerpräsident erklärte nach dem Kabinettsrat: „Wir haben die politische Lage geprüft, so wie sie sich nach dem Wahlausgang darstellt. Die Mandatzahlen können sich noch leicht ändern, nicht aber das Gesamtergebnis. Getreu den demokratischen Grundsätzen und aus Achtung vor dem Willen des Landes haben die Minister beschlossen, ihre Ämter niederzulegen, die ihnen vom Staatsoberhaupt anvertraut worden sind.“

Ministerpräsident Portela ist vom Präsidenten der Republik empfangen worden.

Der Unterstaatssekretär im Innenministerium erklärte gegenüber Pressevertretern: „Die im Ausland verbreiteten Gerüchte über Unruhen in Spanien sind absolut unbegründet. So wurde im Ausland behauptet, daß die Generale Franco und Goded geflohen seien. Diese beiden Generale waren am Mittwochnachmittag an ihren Posten auf dem Kriegsministerium.“

Sil Kobles, der Führer der katholischen Volksaktion, soll entschlossen sein, ein Kabinett der Mitte, in dem seine Partei nicht vertreten wäre, mit seiner Partei zu unterstützen.

Azana beauftragt

Madrid, 19. Febr. ag Azana erhielt vom Präsidenten der Republik den Auftrag zur Neubildung der Regierung.

Donaupolitik

Die Gespräche in Belgrad

Wien, 19. Febr. (Tel. unseres wg.-Korr.) Der Schwerpunkt der Donaupolitik liegt zurzeit in Belgrad. Die Verhandlungen des Königs Boris von Bulgarien mit Prinzregent Paul von Jugoslawien sollen die im März geplante Balkankonferenz vorbereiten. Bei dieser Gelegenheit wird versucht, Bulgariens Beitritt zum Balkanpakt zu erwirken. Zurzeit ist noch nicht bekannt, ob diese Bemühungen von Erfolg begleitet sind; die wirtschaftliche und innere Lage Bulgariens ist gegenwärtig so ungünstig, daß Sofia jede außenpolitische Belastung vermeiden muß. Gleichzeitig wird an der weiteren Entspannung zwischen Bulgarien und der Türkei gearbeitet. Der bulgarische Außenminister Ruffiewanoff ist dem nach Ankara reisenden türkischen Außenminister Tewfik Rüşüti Aras bis zur Grenze entgegengefahren, um die Rückwirkungen der internationalen Verhältnisse auf Südosteuropa zu erörtern. Man hofft, die Situation bis Wochenende zu klären, da der tschechoslowakische Ministerpräsident Šobza am Samstag in Belgrad eintrifft.

Ungarische Kritik an Oesterreich

Die Sonderstellung Ungarns zu den Donauplänen hat sich seit gestern abermals verschärft. Šombösz wiederholte auf einer Konferenz der Regierungspartei den bekannten Grundsatz, Ungarn wolle vor Beendigung des Krieges in Ostafrika keine außenpolitischen Entscheidungen fällen. Der Ministerpräsident wählte so-

gar die schärfere Formulierung, daß das Budapest-Kabinett eine Lösung der Donauprobleme vor Beendigung des Krieges zwischen Italien und Albanien überhaupt nicht für aktuell halte. Offenbar hegt Ungarn Besorgnisse, daß seine Interessen nicht hinreichend gewahrt werden, wenn die internationalen Verhandlungen zu einer Zeit stattfinden, in der die befreundeten Staaten Italien, Deutschland und Polen an außenpolitischen Schwachmomenten leiden.

In diesem Zusammenhang kommt die Kritik an Oesterreich immer stärker zum Durchbruch. Der „Pester Lloyd“ veröffentlicht im Handelsblatt einen Angriff von ungewohnter Heftigkeit und erhob gegen die Wiener Regierung den Vorwurf, sie halte den römischen Pakt nicht ein und versuche Ungarn wirtschaftspolitisch zu überbieten; denn Ungarn habe von der wirtschaftlichen Annäherung an Oesterreich nur Nachteile und keine Vorteile. An Stelle des ungarischen Wizens werde russischer Weizen bezogen, so daß der Gedanke auftauche, gewisse Einfuhrkontingente an Deutschland zu vergeben. Die Verhandlungen, die Oesterreich jetzt mit der Tschechoslowakei über die Weizeneinfuhr, ohne Rücksicht auf die Qualität führt, schlagen dem Fuß den Boden aus.“

Italienisch-österreichische Verhandlungen

Als ersten Erfolg der italienisch-österreichischen Verhandlungen veröffentlicht die Wiener Blätter eine neue italienische Verfügung über den Zahlungsverkehr, wonach zur Erleichterung der schwierigen Lage der Holzindustrie die Forderungen aus den österreichischen Holzlieferungen von Italien schon nach einem Monat befriedigt werden. Von offizieller Seite wird der Sachverhalt so dargestellt, als ob gegen den Willen der römischen Regierung die italienischen Banken durch eine falsche Interpretation der bestehenden Vorschriften die Zahlungen an Oesterreich irrtümlich um einige Monate zurückgehalten hätten. Die offizielle „Reichspost“ versichert, weitere Kurzurgänge der Aira seien nicht mehr zu befürchten, und die Zahlungsrückstände würden noch im März abgedeckt.

Görings Jagdausflug nach Polen

Warschau, 19. Febr. (Tel. unseres B.-Korr.) Der preussische Ministerpräsident Göring ist heute früh mit dem Berliner Morgenzug in Warschau eingetroffen. Er wurde im Laufe des Vormittags vom Präsidenten der Republik und sodann vom Ministerpräsidenten Rosjalkowski empfangen. Außenminister Beck entbot ihm ein Frühstück. Um 16 Uhr verließ Göring Warschau, begleitet vom Direktor der Westabteilung des Außenministeriums, Graf Patoci, und fuhr nach den Wäldern von Bialowieza, wo er einen Luchs schießen will. In Bialowieza fanden in den letzten Tagen zwei große Staatsjagden statt, an denen einige in Warschau akkreditierte Diplomaten und der Danziger Senatspräsident Greiser teilnahmen. Ursprünglich hieß es, daß auch Göring an diesen Staatsjagden teilnehmen werde; nun ist er aber erst nach ihrem Abschluß nach Bialowieza gefahren, vermutlich um den privaten Charakter seines Besuches zu unterstreichen. Trotzdem darf es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß er seinen Aufenthalt in Polen auch zur politischen Fühlungnahme benutzen wird. Der Zeitpunkt der Ankunft Görings wurde streng geheim gehalten.

Eine Disputation über den Rechtsstaat

Mr. Unentschiedenes Schwanken zwischen revolutionärer und konservativer Ideologie, das ist es, was für die Staatsrechtler des modernen Typs nationalsozialistischer und totalitärer Diktaturen so überaus kennzeichnend ist. Einerseits wird die „revolutionäre“ Herkunft des neuen Staates, d. h. der Bruch mit der früheren Rechts- und Verfassungsordnung ausgiebig betont. Auf der anderen Seite möchte man jedoch auch wieder nicht auf die Legitimierung der neuen Machtverhältnisse mit Hilfe der Grundformeln des überwundenen demokratischen Systems verzichten. Man sucht, nach einem charakteristischen Ausspruch Carl Schmitts, das Arsenal liberaler und demokratischer Begriffe zu „plündern“ und die erbeuteten Trophäen in das neue Gebäude „einzubauen“. Es ist daher nicht bloß theoretische Unzulänglichkeit, sondern kennzeichnende Haltung, wenn etwa Sergio Panunzio, einer der offiziellen Theoretiker des italienischen Faschismus, den faschistischen Staat als „revolutionär-konservatives“ Gebilde bezeichnet. Und es ist gleichfalls nicht zufällig, wenn die Frage nach der politischen und staatsrechtlichen Struktur des Dritten Reiches unter den nationalsozialistischen Theoretikern zu einem höchst merkwürdigen Streit um das Wesen des Rechtsstaates geführt hat. Im Grunde spiegeln Theesen und Gegenthesen jener vor kurzem erschienenen „Disputation über den Rechtsstaat“*) nur

jenes Schwanken zwischen Revolutionarismus und Konservatismus wider.

Die „Disputation über den Rechtsstaat“ stellt die Wiedergabe eines akademischen Streitgesprächs dar, das in der Berliner Universität im vergangenen Jahre stattgefunden hat. Ein Doktorand, Günther Krauß, verteidigte die Thesen seiner Dissertation, und zwar in einem Disput, der mit der bisherigen Berliner Tradition eines rein formalen Streitgesprächs gebrochen und einer Anregung des Berliner Staatsrechtlers und nationalsozialistischen Kronjuristen Carl Schmitt zufolge, wieder den ursprünglichen akademischen Charakter einer echten und grundsätzlichen Auseinandersetzung angenommen hatte. Dem Doktoranden und seinen Theesen trat Günther von Schweinichen mit seinen Gegenthesen entgegen.

Die These, die Günther Krauß vertritt, hat folgenden Wortlaut: „Der Begriff des Rechtsstaats ist an die verfassungsrechtliche Lage des 19. Jahrhunderts gebunden. Für den Staat des 20. Jahrhunderts hat er keine Berechtigung mehr.“ Begründet wird das weit weniger durch eine konkrete Darstellung der Gesellschafts- oder auch nur der Verfassungslage im Deutschland des vergangenen Jahrhunderts als durch eine breite geistesgeschichtliche Auseinandersetzung mit den (liberalen und christlich-konservativen) Staatstheorien. Krauß sieht im Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft das politische und staatsrechtliche Kernproblem des 19. Jahrhunderts. Der Begriff des Rechtsstaats ist in diesem Konflikt der bürgerlichen Gesellschaft, den Primat über den Staat zu erringen, dem Staate alle „echten“ staatlichen Inhalte zu rauben und ihn zum Mittel ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu machen. Der echte nationalsozialistische Weltanschauungsstaat habe daher weder mit dem Rechts-

staat noch jener Konstellation, die ihn erzeugte, etwas gemein.

Der Vertreter der Gegenthese, Günther von Schweinichen, repliziert darauf: „Das Wort Rechtsstaat kann so gebraucht werden, daß es den typischen Zusammenhang von Staat und Rechtsentwicklung bezeichnet. Dann hat es so viele Rechtsstaaten in der Geschichte gegeben, wie es Staaten gegeben hat, in denen Recht in typischer Weise Geltung gefunden hat. Von hier aus betrachtet, erscheint der Staat des 19. Jahrhunderts als typischer Rechtsstaat, während der nationalsozialistische Staat Rechtsstaat im wahren Sinne ist.“ In seiner Duplik antwortet Krauß, der Begriff des Rechtsstaates sei „gerade als Allgemeinbegriff an die Verfassungslage des 19. Jahrhunderts gebunden“. Die „Flucht in den Allgemeinbegriff“, in die scheinbar „überzeitlichen“ Begriffe sei gerade eine Eigentümlichkeit der liberalen Ideologie des 19. Jahrhunderts. Indem man einen solchen überzeitlichen Begriff des Rechtsstaats zu konstruieren suche, jalle man selbst dieser Ideologie anheim und beweihe nur, wie zeitgebunden der Begriff des Rechtsstaates sei.

Es ist zweifellos, daß Krauß die revolutionäre Legitimierung des Nationalsozialismus, den Bruch mit der Vergangenheit betont, während von Schweinichen die Legitimierung durch „Eroberung“ des Rechtsstaatsbegriffs zu erreichen sucht. Beide zusammen zeigen den schein-revolutionären Doppelcharakter dieser Doktrin. Wichtiger aber noch als diese Erkenntnis ist die Frage, ob in dieser Disputation das Problem des Rechtsstaats überhaupt richtig gestellt ist.

Hinsichtlich der Gegenthese kann man das ohne weiteres verneinen. Die Gegenüberstellung von „Gesetzesstaat“ und nationalsozialistischem „Rechtsstaat“ ist eine abstrakte und überdies unlogische Konstruktion.

Die Antithese eines Gesetzesstaates oder, wenn man so will, „des“ als Gesetzesstaat bezeichneten Staatstyps des 19. Jahrhunderts ist nämlich nicht ein konstruierter „wahrer“ Rechtsstaat, sondern logischerweise einfach ein „Nicht-Gesetzesstaat“, d. h. ein Staatswesen, in welchem gesetzliche Grenzen der Kompetenzen der einzelnen Staatsorgane fehlen, in dem den Eingriffen der Staatsgewalt in die Privatsphäre des Staatsbürgers keine Schranke gesetzt ist. In diesem Sinne ist allerdings der totalitäre nationalsozialistische Staat ein Nicht-Gesetzesstaat. Insofern steht er im Gegensatz zum „Gesetzesstaat“ des 19. Jahrhunderts und nicht nur zu ihm. Aber das will Schweinichen ja nicht beweisen.

Seine Deutung des Begriffs „Rechtsstaat“ jedoch, auf die es ihm vor allem ankommt, ist weder historisch noch logisch diskutabel. Sein Rechtsstaatsbegriff ist ein typisches Produkt jener Naturrechtsrenaissance, die heute allenthalben zum Ausdruck kommt. Man identifiziert das Recht mit „Gerechtigkeit“ oder dem, was der einzelne Theoretiker subjektiv dafür hält. Schweinichen z. B. mit der nationalsozialistischen Doktrin. Es gibt dann nur noch „gerechtes Recht“ und die Auffassungen des weltanschaulichen Gegners können niemals „rechtes“ sein. Dieses „gerechte Recht“ wird dann mit dem Staat identifiziert, d. h. jener politischen Ordnung, die dem subjektiven Ideal entspricht, die, — um es mit den Worten D'Elmazar zu sagen, — des konsequentesten Vertreters solchen Naturrechts zu sagen, — „wahrer Staat“ ist. So wird für Schweinichen, den Nationalsozialisten, ganz selbstverständlich das Dritte Reich zum „unmittelbar gerechten Staat“, zum „Rechtsstaat“. Allein mit dem wirklichen und historischen Rechtsstaatsproblem hat dies nichts zu tun.

Krauß kommt der Frage schon näher. Er geht wenigstens vom historisch-konkreten Rechtsstaatsbegriff

*) Günther Krauß und Otto von Schweinichen „Disputation über den Rechtsstaat“. Mit einer Einleitung und einem Nachwort von Carl Schmitt. (Ganzseitige Verlagsanstalt, Hamburg 1935.)

Die neue Taktik Mussolinis

Rom, 19. Febr. (Tel. unferes S.-Korr.) Die italienische Presse polemisiert nicht mehr gegen England; sie begnügt sich mit Feststellungen. Die Antwort der britischen Regierung auf das italienische Memorandum vom 24. Januar über die Flottenkonzentration im Mittelmeer hätte noch vor wenigen Monaten die flammende Entrüstung der Öffentlichkeit hervorgehoben. Heute beschränkt man sich in den römischen Kreisen und in den italienischen Blättern auf nebensächliche Kommentare. Das Ausbleiben jeglicher Polemik von italienischer Seite hat einen besonderen Sinn: auf die „kalte Methode“ der wirtschaftlichen Belagerung und der politischen Isolierung antwortet Italien nicht mehr. Auch in Rom gehen jetzt die wichtigsten Entwicklungen, Vorbereitungen und Entscheidungen im stillen vor sich. Niemand kann voraussehen, welches die nächsten Entschlüsse Mussolinis sein werden. Als Russland eine scheinbar günstige Konjunktur benötigte, um seinen Arm bis zum Donaubekken vorzustoßen, da schwiegen die italienischen Regierungskreise und die Presse. Ebenso schwiegen Italien über die Genfer Verhandlungen für die Delfinperre. Das undurchdringliche Schweigen scheint die neue Taktik Mussolinis zu sein. Diese Feststellung ist heute zur Erkenntnis der politischen Lage vielleicht wichtiger als die Aufdeckung von Tatsachen.

Die Erdölanktion

London, 19. Febr. ag (Havas) „Daily Telegraph“ glaubt zu wissen, daß das britische Kabinett bald auf die Frage der Petroleumausfuhrperre zurückkommen wird. Sie tritt auf jeden Fall für einen möglichst baldigen Zusammentritt des Sanktionskomitees in Genf ein und schlägt dafür den 2. März vor. Die von den Abbestimmern in der Gegend von Matalle erlittenen Rückschläge und die fortschreitende Erschöpfung ihrer Lebensmittelvorräte erfordern dringliche Maßnahmen. Die britische Regierung sieht sich unter diesen Umständen gezwungen, den anderen Mitgliedstaaten des Völkerbundes zu prüfen, welche andern Maßnahmen erforderlich sind, um dem Opfer eines Angriffs Hilfe zukommen zu lassen. Wenn das Sanktionskomitee der Auffassung Ausdruck verleihen sollte, daß eine Petroleumperre nicht wirksam wäre, so müssen andere Maßnahmen in Erwägung gezogen werden.

Montevideo, 19. Febr. ag (Havas) Die uruguayische Regierung hat im Parlament eine neue Vorlage eingebracht, durch die sie die Ermächtigung erhält, von sich aus an jeder neuen, vom Völkerbund beschlossenen Sanktionsmaßnahme gegen Italien teilzunehmen.

London, 19. Febr. ag Da seit der Anwendung von Sanktionen gegenüber Italien die Zitronen in England sehr selten geworden sind, hat das Wirtschaftsministerium Lizenzen für die Einfuhr von 3 1/2 Millionen Zitronen ausgestellt. Die Zitronen sind in 12 000 Kisten verpackt und stellen einen Wert von 15 000 Pfund dar. Die Kiste zu 300 Stück kostet heute 27 Schillinge, während sie vor der Zeit der Anwendung der Sanktionen 8 Schillinge kostete.

Der Krieg in Ostafrika

Der italienische Heeresbericht

Rom, 19. Febr. ag Marschall Badoglio berichtet: „Die Flieger setzten die Bombardierung des nach Süden stehenden Feindes fort.“

Die Truppen des dritten Armeekorps erreichten die Schlucht von Gela und die Verbindungslinien zwischen Lembien und Sofota, wobei sie auf keinen Widerstand stießen und von der Bevölkerung wohl aufgenommen wurden.

Addis Abeba, 19. Febr. ag (Havas) Die abessinische Regierung erklärt, daß ihr von einer Schlacht südlich von Matalle, die sich nach italienischen Behauptungen am 15. Februar abgepielt habe, noch nichts bekannt sei. Sie bestätigt lediglich die Mitteilung vom Dienstag, daß in der Zeit vom 12. bis 14. Februar Kämpfe stattgefunden haben. Die abessinische Regierung erklärt deshalb, daß sie nicht in der Lage sei, auf den italienischen Heeresbericht vom 16. Februar zu antworten.

Mailand, 19. Febr. (Tel. unferes S.-Korr.) In Matalle treffen, wie der Kriegsberichterstatter der „Gazzetta del Popolo“ meldet, fortgesetzt neue Transporte kriegsgefangener Abessinier ein. Deren Zahl könne noch nicht ermittelt werden. Aus den Aussagen

der Kriegsgefangenen gehe hervor, daß das Heer des Ras Mulugetta nicht nur durch Tote, Verwundete und Gefangene, sondern auch durch viele Desertionen vermindert worden sei. Von den Sklaven, die sich beim Beginn der Schlacht auf dem Amba Aradam befanden, hätten viele versucht, die italienischen Vorposten zu erreichen, seien aber von den abessinischen Truppen niedergeschossen worden.

Aus Harar meldet das Blatt die abermalige Beschließung von Daga Bur durch italienische Flugzeuge. Die Stadt sei nun zum 26. Male bombardiert worden.

An der Somalifront

Mailand, 19. Febr. (Tel. unferes S.-Korr.) In den heutigen Mailänder Abendblättern rechnet man mit einem Vorstoß des Generals Graziani in der Richtung auf Djidjiga und Harar.

Verbannung Ras Destas?

Rom, 19. Febr. (Tel. der „United Press“) Nach einer Meldung vom Nordhauptquartier der italienischen Truppen soll Ras Desta vor kurzem von einem Abgesandten des Negus in einem Schiffsboot der Provinz Sidamo aufgepärrt worden sein. Er sei bereits im Flugzeug in Dessie angekommen und von seinen Wächtern gefesselt vor den Negus geschleppt worden. Der Negus habe ihm die schwersten Vorwürfe wegen seiner Niederlage gemacht und ihn an einen einsamen Ort auf einem Berg in der Nähe Dessies verbannt, wo er an seine Wächter gefesselt leben soll. Weiter wird berichtet, daß der Negus bereits auf dem Weg nach Süden, nach dem südlich von Addis Abeba gelegenen Allata, sei, um dort mit den Führern der Sidamarmee über die Reorganisation dieser Truppen zu sprechen.

Deutsche Reichsschuld

Berlin, 12. Febr. -sb- Im Hinblick auf die Beratungen der Reichsregierung über ein neues Steuerprogramm und auf die derzeitige Überfälligkeit des deutschen Kapitalmarktes mit Anleihen der öffentlichen Hand — was übrigens bereits zu Erwägungen Anlaß gab, ob jetzt nicht zuerst einmal einige Privatemissionen an den Kapitalmarkt herangeführt werden sollten — verdient eine solche Veröffentlichung eine mäßige Aufmerksamkeit über den Stand der Reichsschuld besonderes Interesse. Diese Ziffern lassen erkennen, daß allein die ausgewiesene Reichsschuld im Jahre 1935 um 2 Milliarden Mark ansteigen ist und daß seit März 1933 eine Zunahme um 2,8 Milliarden stattgefunden hat. Die Zusammenfassung der ausgewiesenen Reichsschuld ergibt folgendes Bild, jeweils am Monatsende (in Millionen Mark):

	Dez. 35	Dez. 34	März 33
Fundierte Inlandschuld	9 584,0	7 657,6	7 243,4
Fundierte Auslandschuld	1 704,9	1 751,5	2 573,6
Schwebende Schuld	2 889,6	2 371,4	1 948,0
Steuerzuschüsse	890,0	1 183,2	472,0
Ausgewiesene Reichsschuld insgesamt	15 068,5	12 963,7	12 237,0

Diese Ziffern lassen erkennen, daß die Zunahme der ausgewiesenen Verschuldung im Ausmaße von 2,8 Milliarden Mark auf die fundierten Inlandschulden entfällt, die eigentlich erst im letzten Jahr in nennenswertem Maße zugenommen haben. Es ist dies eine Folge der Umwandlung von 1636 Millionen Mark kurzfristigen Schulden in mittelfristige durch die verschiedenen Anleihen des letzten Jahres, die noch zu Anfang 1936 um weitere 211 Millionen Mark erhöht werden; insgesamt werden dann etwa 1850 Mill. Mark konsolidiert sein. Im Ausmaße von rund 870 Mill. Mark standen aber bei den fundierten Auslandsschulden Währungsgewinne zur Verfügung, da diese Valutaschulden jeweils zu den Kursen des Stichtages umgerechnet werden, wobei indessen zu erwähnen ist, daß diese Gewinne ein Unsicherheitsmoment enthalten, da sie ja noch immer nicht realisiert sind. Die Tilgungsbeträge für die Dawes- und Young-Anleihen, die infolge des Transferratoriums nicht transferriert und daher auf ein Sonderkonto bei der Reichsbank in Reichsmark eingezahlt wurden, betrafen sich am Ende der beiden letzten Jahre auf 69,7 Mill. bzw. 34,9 Mill. Mark.

Die vorstehend ausgewiesenen Ziffern stellen aber bekanntlich nur einen Teil der Reichsschuld dar, da bei den deutschen Amtsstellen der Standpunkt eingenommen wird, daß die „zusätzlichen Verpflichtungen“ des Reichs aus Wechseln aller Art, die für „Mitte 1935“ auf etwa 5 Milliarden Mark angegeben waren, erst in dem Maße der Reichsschuld zugerechnet werden, in dem diese Wechsel fällig und vom Reich eingelöst werden. In welchem Ausmaße diese Beträge seither gewachsen sind, ist nicht bekannt, jedoch dürfte der Zuwachs angesichts des anhaltenden Defizits kaum gering sein. Schon „per Mitte 1935“ hatte der Reichsfinanzminister die gesamte Schuldzunahme seit Anfang 1933 auf etwa 6 bis 7 Milliarden Mark angegeben.

England und Aegypten

Kairo, 19. Febr. ag (Havas) Am 2. März werden in Kairo die Verhandlungen zwischen Vertretern der ägyptischen und der britischen Regierung aufgenommen werden zum Zwecke des Abschlusses eines definitiven Vertrags zwischen Aegypten und England.

sean, um das Problem der politischen Demokratie geklärt.

Davon weder bei den Disputanten noch bei Schmitt ein Wort. Mit gutem Grunde. Die abstrakte Durchführung des Rechtsstaatsproblems auf einen ebenso abstrakten Konflikt zwischen Staat und Gesellschaft verschleiert nämlich das wirkliche Problem: die Frage, ob der Rechtsstaatsbegriff nicht etwa noch außerhalb jener deutschen besonderen Lage Bedeutung besitzen kann. Eine besondere Lage des deutschen Liberalismus hatte ja spätestens im November 1918, im Grunde aber längst vorher, ihre Ende gefunden. Folgte man Schmitt und den Disputanten, so hätte hier bereits der Rechtsstaat sein Ende erreicht. Den außerdeutschen Demokratien gar wäre die Einrichtung des Rechtsstaates völlig fremd. Das alles ist offenbar absurd. Auch in den außerdeutschen Demokratien spielen die Einrichtungen des Rechtsstaates eine entscheidende Rolle, genau so wie sie der Weimarer Republik das Gepräge gaben, wenn sie auch hier überall nicht mehr, wie in jener Lage des deutschen Liberalismus nach 1848, allein in das politische Ziel ausmachten. In Wahrheit bilden jene Institutionen, die man im Begriff des Rechtsstaates begreift — also etwa Bindung des Richters an das Gesetz, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Schutz der privaten Sphäre gegen willkürliche Eingriffe der Staatsgewalt, politische Grund-

Die britischen Luftmanöver

London, 19. Febr. ag Die britischen Luftstreitkräfte haben in der Nacht zum Mittwoch zwei schwere Verluste erlitten. In den frühen Morgenstunden stürzte in der Gascogne Surrey ein Bombenflugzeug ab und ging in Flammen auf. Von den drei Insassen wurden drei getötet. Der Flugzeugführer, ein Unteroffizier, erlitt schwere Verletzungen.

Das zweite Flugunglück trug sich, wie bereits kurz gemeldet wurde, in der Nacht im Kanal zu, wo ebenfalls ein Bombenflugzeug niederging und versank. Drei Mitglieder der Mannschaft werden vermisst. Dem vierten Flieger, Leutnant Page, gelang es, schwimmend die Küste zu erreichen. Er erklärte, der Apparat sei wegen einer Benzinpanne ins Meer abgestürzt.

London, 19. Febr. ag (Havas) „Daily Telegraph“ verweist auf die Tatsache, daß während der Luftmanöver die „feindlichen“ Flugzeuge die Sperre an mehreren Punkten zu durchbrechen vermochten.

Die Spannung im Fernen Osten

Harbin, 18. Febr. ag (Reuter) Das mandchurische Außenministerium hat dem sowjetrussischen Generalkonsul eine Note überreicht, in der es energisch gegen die Unterstützung protestiert, die die sowjetrussischen Behörden angeblich den bewaffneten Banden auf mandchurischem Gebiet gewähren. Die Note enthält u. a. die Behauptung, daß ein russisches Militärflugzeug am 12. Januar auf mandchurischem Gebiet gelandet sei und den irregulären Truppen vier Maschinengewehre und 200 Kader übergeben habe. Der russische Konsul habe auf diese Note nicht geantwortet.

Die Lage in Siam

Lw. Kürzlich traf in Yokohama der Minister des Innern von Siam, Luang Pradit, ein, der sich auf einer längeren Auslandsreise befindet. Luang Pradit, der in Frankreich studiert und eine große Rolle in der revolutionären Bewegung Siams gespielt hat, soll nach seiner Rückkehr nach Siam im Frühjahr Finanzminister werden. Er erklärte, es sei der neuen Regierung gelungen, durch nachdrückliche Sparmaßnahmen die Finanzlage zu verbessern. In London habe er mit britischen Finanzleuten eine Herabsetzung des Zinsfußes der Anleihe von drei Millionen Pfund, die Siam in England aufgenommen hat, von 7 auf 6 Prozent vereinbart. Siam brauche jetzt keine finanzielle Hilfe des Auslandes mehr, wohl aber eine technische, da es noch immer an genügend ausgebildeten Fachleuten für Landwirtschaft, Bergbau, Eisenbahnen usw. fehle. Namentlich die Landwirtschaft, die den wichtigsten Zweig der Wirtschaft Siams bildet — Siam gehört zu den drei größten reisproduzierenden Ländern der Welt —, die aber noch immer auf einer sehr primitiven Entwicklungsstufe stehe, brauche erfahrene Techniker.

Luang Pradit teilte ferner mit, der junge König, Vamada Mahidol, der eine Schule in der Schweiz besucht, werde im Laufe dieses Jahres nach Siam fahren, um einer Feier beizumohnen, die einer Vorbereitung auf seine spätere Krönung darstelle.

Deutschland

Künstliche Automobilkonjunktur

Berlin, 18. Febr. (Tel. der „United Press“) Beamten, die sich ein Privatauto kaufen wollen, werden, wie aus einem Erlaß der preussischen Staatsverwaltung hervorgeht, Gehaltsvorschuße zu wirklich fulantenden Bedingungen gewährt. Voraussetzung ist nur, daß „dringende dienstliche Gründe“ die Anschaffung des Wagens rechtfertigen. Ist dies der Fall, so erhält der Beamte einen Voranschlag, der im allgemeinen drei Viertel des Anschaffungspreises des Autos nicht übersteigen soll. Dieser Voranschlag wird mit drei Prozent verzinst und braucht erst innerhalb von vier Jahren zurückgezahlt zu werden. Auf einen solchen Voranschlag hin können nur Fabrikate deutscher Automobilfirmen gekauft werden.

Großbritannien

Der Herzog von York

London, 19. Febr. ag (Havas) Durch ein am Dienstagabend veröffentlichtes Dekret wird dem Herzog von York, mutmaßlichen Thronfolger, der Rang eines Admirals, eines Generals und eines Luftmarschalls verliehen.

Litauen

Begnabigungen

Kowno, 19. Febr. ag (DNB) Der litauische Präsident hat von den 72 verurteilten Memelländern aus dem großen Kownoer Prozeß, die anlässlich der litauischen Unabhängigkeitsfeier Gnadengesuche eingereicht hatten, folgende drei

rechte — die notwendigen Bestandteile der politischen Demokratie. Die rechtsstaatlichen Einrichtungen ermöglichen das normale Funktionieren dieser Demokratie.

Von hier aus also war die Frage zu stellen, ob das Dritte Reich Rechtsstaat genannt werden kann. Die Frage zu stellen, heißt, angesichts der Verfassungs- und Staatsrechtslage des totalitären nationalsozialistischen Staates, sie verneinen. Auch so kommt man, wenn auch auf andern Wegen als Kraus, zu der These, daß Nationalsozialismus und Rechtsstaat Gegenbegriffe sind, die einander ausschließen.

Diese Problemstellung aber beantwortet zugleich die Frage, ob das Dritte Reich, wie Guebels gemeint hatte, wirklich dem Charakter einer „veredelten Demokratie“ entspricht. Das Rechtsstaatsproblem ist von den Problemen der politischen Demokratie nicht zu trennen. Die Frage in diesem Zusammenhang zu stellen, wäre bedeutungsvoller gewesen als jene ausgiebige Polemik der Disputanten gegen die „christlich-konervative Staatsphilosophie Joll Jollsons“. Aber weiß man, wer dieser Jollson ist? Es ist jener Staatsphilosoph jüdischer Abstammung, den auch die postume Anfechtung seines angenommenen Namens durch die Disputanten nicht zu entehren vermag, da er unter diesem Namen Friedrich Julius Stahl in die Geistesgeschichte eingegangen ist.

Verurteilte begnadigt: Herbert Mehlner (4 Jahre Zuchthaus), Lehrer Gabehn (4 Jahre Zuchthaus) und den jugendlichen Mitsat (1 1/2 Jahre Zuchthaus). Das Kriegsgericht hat ferner die Begnadigung von drei weiteren Verurteilten, die wegen ihres Gesundheitszustandes nicht mehr haftfähig sind, befürwortet und eine weitere Begnadigung in Ermüdung gezogen. Die Gnadengesuche der übrigen 65 Verurteilten sind von dem Kriegsgericht nicht befürwortet worden.

Rußland

Moskau, 19. Febr. ag Zur Vorbereitung von Spezialisten für militärwirtschaftliche Versorgung der Roten Armee wurde in Charkow eine Militärwirtschaftliche Akademie eröffnet.

China

Schanghai, 19. Febr. ag Der ehemalige Präsident des Exekutivrates und Außenminister Wang Tsching-wei, auf den im November vorigen Jahres ein Anschlag verübt worden war, reist am Donnerstag in Begleitung des ehemaligen Eisenbahnministers Tscheng Tschung-min nach Deutschland. Wang Tsching-wei beabsichtigt, sich einer Operation zur Entfernung der bei dem Anschlag im Rücken stecken gebliebenen Kugel durch Prof. Sauerbruch zu unterziehen.

Vereinigte Staaten

Einwanderung und Abwanderung

hs. Im Jahre 1935 sind 34 956 Personen als Einwanderer in die Vereinigten Staaten zugelassen worden. Diese Ziffer ist zwar etwas höher als die des Jahres 1933, das mit einer Einwanderung von 23 068 Personen das absolute Minimum für die letzten hundert Jahre dargestellt hat. Aber auch im eben vergangenen Jahre hat die Auswanderung von den Vereinigten Staaten ansässigen Ausländern mit 38 834 Personen die Zahl der Einwanderer um etwa 4000 übertraffen. Von diesen 28 834 Personen wurden 16 297 deportiert oder ausgewiesen, weil sie illegal in die Vereinigten Staaten gekommen waren. Mit der Abnahme der Einwanderung ist auch gleichzeitig eine Zunahme der Naturalisierungen festzustellen. Im Jahre 1935 haben 136 524 Personen ihre „ersten Papiere“ und 118 945 Personen ihre endgültigen Einbürgerungsdokumente erhalten.

Die Zahl der Ausländer in den Vereinigten Staaten wird für das Jahr 1935 auf 4 922 000 gegenüber 6 284 000 im Jahre 1930 geschätzt.

Mexiko

Mexiko, 18. Febr. ag (Havas) Die Kammer genehmigte in außerordentlicher Session die Gesetzesvorlage, wonach die Zahlung für einen Ruhestag auf sechs Arbeitstage als obligatorisch erklärt wird. Die Vorlage geht nun an den Senat. Ferner beschloß die Kammer die Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Abgeordneten Juan Cardona, der zweier Morde beschuldigt wird. Gegen den Abgeordneten Francisco Moreno ist wegen Mordes ebenfalls ein Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität eingegangen.

Letzte Nachrichten

Telephonischer Bericht Dinicherts nach Bern

Bern, 19. Febr. ag Nach einer telephonischen Berichterstattung des schweizerischen Gesandten in Berlin an den Vorsteher des Politischen Departements scheinen die in Deutschland gegen die Schweizervereine ergriffenen Maßnahmen nicht definitiv zu sein.

Kleine Auslandsnachrichten

Choleraepidemie in Siam. ag (Havas) In Siam herrscht eine Choleraepidemie, die nach Bangkok übergegriffen hat. In der am 8. Februar zu Ende gegangenen Woche wurden im ganzen Land 331 Cholerafälle und 208 Todesfälle an Cholera gemeldet.

Britische Schatzgräber-Expedition in Costa Rica. ag (Reuter) Zum zweiten Male hat die britische Schatzgräber-Expedition die Weisung erhalten, augenblicklich die Rotes-Jenseits zu verlassen, wo zurzeit Nachforschungen betrieben werden. Die Regierung von Costa Rica erklärt, sie könne die Ernennung Hauptmann Arthurs in den Verwaltungsrat der Gesellschaft, die die Expedition finanziert, nicht genehmigen, da sie den Bedingungen, unter denen die Bewilligung zur Landung erteilt worden war, nicht entspreche. Die Expedition wird an Bord eines Polizeischiffes weggeführt werden.

Arbeits- und Lohnverhältnisse

Arbeitsmarkt in Winterthur. Im Zeitraum vom 1. bis 17. Februar ist eine neue Verschlechterung des Arbeitsmarktes eingetreten: die Zahl der Ganzarbeitslosen stieg von 1881 auf 2026, diejenige der Teilarbeitslosen von 1101 auf 1148. Bei Notstandsaktionen waren 143 Mann beschäftigt; im technischen Arbeitsdienst standen 40, im kaufmännischen 21 Mann, im Arbeitslager 47.

Unglücksfälle und Verbrechen

Unterschlagung. Mailand, 19. Febr. (Tel. unferes S.-Korr.) Der frühere Kommandant der Verkehrspolizei in Venedig, Dr. De Albanese, ist wegen Unterschlagung zum Schaden der Stadt im Betrage von 324 000 Lire zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden. Albanese hat den größten Teil der Gelder im Staatslotto verspielt.

Einsturz einer Kellerdecke. Jaen (Spanien), 19. Febr. ag (Havas) Durch den Einsturz einer Kellerdecke wurden mehrere Zigeuner verkrüppelt, von denen vier ums Leben kamen. Vier weitere Zigeuner wurden sehr schwer verletzt.

Brand in einer Gasrohrleitung. Africa (Staat New York), 19. Febr. ag (Havas) Infolge Bruches einer Gasrohrleitung entstand eine unterirdische Feuersbrunst, die das Zentrum der Stadt ernstlich gefährdete. Aus den Straßen der Stadt schrieben zehn bis zwanzig Meter hohe Feuerfäulen hervor. Das Geschäftsviertel ist geräumt worden.